



# Barthle-Brief

Nr. 36

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

27.5.2011

Thema der Woche:

## **„Bedeutendes Maßnahmenpaket für Nordafrika“ Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum G-8-Gipfel in Deauville**

Die Entwicklung in Nordafrika und im Nahen Osten, die Sicherheit der Kernenergie sowie die Lage der Weltwirtschaft: Dies waren die zentralen Themen des G8-Gipfels 2011 in Deauville. Unmittelbar vor ihrer Reise zu den jährlichen Gesprächen in den nordfranzösischen Badeort gab Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung ab und erläuterte die deutsche Position.

Angesichts der politischen Umwälzungen in Nordafrika kündigte die Bundeskanzlerin für diese Länder konkrete und schnelle Hilfe an. Die ersten politischen Erfolge dürften nicht durch wirtschaftliche Instabilität gefährdet werden, betonte sie. Die Hilfe solle schnell in Gang kommen, „denn Zeit zählt in dieser Region“. Merkel nannte es eine „historische europäische Verpflichtung“, den Menschen, die in Nordafrika und Teilen der arabischen Welt für Freiheit und Menschenrechte auf die Straße gehen, zur Seite zu stehen. Die Entwicklungen seien für alle „eine historische Chance“.

Zu den drängendsten Herausforderungen gehörten die Arbeitslosigkeit und die wenig entwickelten Ausbildungsstrukturen. Daher solle eine „Partnerschaft für Beschäftigung“ geschlossen werden. Deutschland und die deutsche Wirtschaft sollten sich in Ägypten vor allem in der Berufsausbildung engagieren und für 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen. Tunesien versprach die Kanzlerin Unterstützung bei der Qualifizierung und Vermittlung von Akademikern und dem Aufbau eines Sektors kleinerer und mittlerer Unternehmen. Diese Programme könnten durch eine vierjährige Schuldenwandelung in Höhe von 300 Millionen Euro finanziert werden. Zur Unterstützung des demokratischen Wandels werde die Bundesregierung darüber hinaus noch in diesem Jahr 30 Millionen Euro einsetzen. Mit den Spitzen von IWF und Weltbank werde auf dem G8-Gipfel

in Deauville darüber gesprochen, wie man ein „bedeutendes und wirkungsvolles Maßnahmenpaket schnüren“ könne. Auch für die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gebe es in Tunesien und Ägypten Ansatzpunkte für Hilfe.

Hintergrund: Die Gruppe der 8 (G8) ist ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs aus acht Industrieländern. Sie ist – wie die G20 – keine internationale Organisation, sie besitzt weder einen eigenen Verwaltungsapparat noch eine permanente Vertretung ihrer Mitglieder. Auf Grund der informellen Strukturen spielt die jeweilige G8-Präsidentschaft eine besonders wichtige Rolle, in ihren Händen liegen die Organisation sowie die Agenda des Gipfels. 2011 hat Frankreich sowohl die G8- als auch die G20-Präsidentschaft inne. Die französische Präsidentschaft hat einen kompakten Gipfelverlauf vorgesehen; dieses Jahr finden Gespräche mit Partnern aus Nordafrika und dem südlichen Afrika statt. So nahmen etwa die Premierminister aus Ägypten und Tunesien teil.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Unterstützung der ägyptischen und tunesischen Reformbestrebungen durch Deutschland nachdrücklich. Insbesondere in Tunesien und Ägypten haben die Menschen jetzt die Gelegenheit, eine umfassende Demokratisierung ihrer Länder zu beginnen. Dazu sind jedoch viele Hindernisse zu überwinden. Die sich verschlechternden Wirtschaftsdaten und die instabile Sicherheitslage können den Reformprozess nachhaltig stören. Auch haben in letzter Zeit Angriffe auf die christliche Minderheit zugenommen. Nach einem zweitägigen Besuch in Kairo in der letzten Woche erklärte der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder: „Wenn der Wandel zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hier gelingt, kann Ägypten zu einem Schlüsselland für die Region werden.“ Hoffen wir das Beste!

### **Eckpunkte für die Reform der Bundeswehr**

Nachdem Verteidigungsminister Thomas de Maizière in der vergangenen Woche die Eckpunkte für die Reform der Bundeswehr und die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien vorgestellt hatte, gab er an diesem Freitag im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung zur Neuausrichtung der Bundeswehr ab. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer grundlegenden Neugestaltung der Bundeswehr getan. Ziel der Union ist es, die Bundeswehr besser auf die neuen, internationalen Herausforderungen einzustellen. Abläufe und Organisation sollen schlanker werden, sodass von den geplanten 175.000 bis 185.000 Soldaten ein deutlich höherer Anteil für Einsätze zur Verfügung steht. Mit dem Reformkonzept des Ministers liegt eine gründliche und präzise Analyse vor, die die Defizite benennt und Handlungsbedarf aufzeigt. Damit ist eine hervorragende Grundlage für den Erfolg einer Reform gelegt, die die Struktur der Bundeswehr auf Jahrzehnte bestimmen wird. Jetzt geht es um deren Umsetzung. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist insbesondere die Verbesserung der Personalgewinnung dringend geboten. Dazu muss die Bundeswehr mit einem Attraktivitätsprogramm auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger gemacht werden. Das vom Minister vorgelegte Reformkonzept ist von Fachleuten sehr positiv kommentiert worden. Dennoch ist in den kommenden Monaten auch mit Widerständen gegen einzelne Reformschritte zu rechnen. Der Minister wird sich aber auf die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlassen können.

### **Weichenstellung für Kinderfreundlichkeit**

In dieser Woche verabschiedete der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das „Zehnte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“. Durch die Änderung des § 22 BImSchG wird zukünftig sichergestellt, dass Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen hervorgerufen werden, im Regelfall keine „schädliche Umwelteinwirkung“ mehr sind. Die Privilegierung des von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgehenden Kinderlärms führt dazu, dass gegen diese Einrichtungen sel-

tener vorgegangen wird. Das unterstützt die Städte und Gemeinden bei dem von der Bundesregierung geförderten Ausbau der Kinderbetreuung.

Eine zusätzliche Weichenstellung für mehr Kinderbetreuung vor Ort ist die im Baurecht geplante generelle Zulässigkeit von Kitas in sogenannten reinen Wohngebieten. Im Rahmen der Bauplanungsrechtsnovelle wollen wir die Bau-nutzungsverordnung entsprechend ändern. Ferner wird geprüft, wie durch eine Ergänzung im Baugesetzbuch diese Regelung auch auf geltende Bebauungspläne ausgeweitet werden kann. Hintergrund: CDU, CSU und FDP haben bereits im Koalitionsvertrag klargestellt, dass Kinderlärm keinen Anlass für gerichtliche Auseinandersetzungen geben darf. Mit der anstehenden Privilegierung von Kinderlärm im Rahmen der Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wird die Forderung des Koalitionsvertrages nun umgesetzt und ein klares gesetzgeberisches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft gesetzt.

### **Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes**

An diesem Donnerstag fand die erste Lesung des Achten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes statt. Mit dem Gesetz sollen die zum 31. Dezember 2011 auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten bis zum 31. Dezember 2019 verlängert und der überprüfbare Personenkreis ausgeweitet werden. Auch mehr als 20 Jahre nach Ende des sozialistischen Unrechtsregimes darf es keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit geben. Dies sind wir den Opfern des DDR-Unterdrückungsapparats schuldig. Der Zugang zu den Stasi-Unterlagen gehört zu den wichtigsten Instrumenten der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten nach wie vor ungebrochen. Deshalb müssen die zum Ende dieses Jahres auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten bis 2019 verlängert werden.

### **Zitat**

„Nicht nach Indien.“

(Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch auf die Frage, ob Kanzlerin Angela Merkel wegen der Vulkanasche ihre anstehenden Reisen statt im Flugzeug per Auto absolvieren wird. Kurz nach dem G8-Gipfel in Frankreich reist Angela Merkel nach Indien.)